

„Das moralische Bauchgefühl“

Die Linguistin Elisabeth Wehling aus Berkeley über die Macht des Unbewussten und Wörter, die in den USA und in Deutschland Politik und Wahlen prägen

INTERVIEW: DETLEF ESSLINGER

SZ: Nach dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt haben Rechtspopulisten versucht, Angela Merkel für die Toten verantwortlich zu machen. Viele Medien und Bürger haben sich darüber in Artikeln und Tweets empört. Was das richtig? Elisabeth Wehling: Es war nachvollziehbar. Allerdings gibt es bei solchen Reaktionen sofort ein Problem: Wer einen Vorwurf bestreitet oder ihn anprangert, der verbreitet ihn zugleich. Damit bietet man ihn zur Diskussion an, in dem Fall: Sind das tatsächlich Merkels Tote? Daher muss man sich immer fragen, ob es Sinn macht, so etwas überhaupt aufzugreifen.

Einen Vorwurf zu hören, bedeutet nicht, ihn gleich zu übernehmen.

Auf keinen Fall. Aber allein über das sprachliche Wiederholen stärken und festigen Sie eine Idee. Der Begriff „Merkels Tote“ setzt sich im Kopf fest. Dagegen kann man sich gar nicht wehren. Über das Wiederholen sowie über die Wortwahl prägen Sie das Meinungsbild gerade derjenigen Bürger, die vielleicht noch zerrissen sind. Über ein Wort, dass Sie nicht einmal bewusst wahrnehmen müssen, aktiviert sich ein Frame. Dieser Frame wird umgehend zur Grundlage für Entscheidungen.

Was ist ein Frame?

Ein Rahmen. Über die Sprache erhalten Fakten einen Deutungsrahmen. Und mit dem interpretieren Menschen alle Fakten. Gay, also schwul, transportiert etwas anderes als faggot, Schwuchtel.

Wie wichtig sind Fakten bei der Beurteilung von Sachverhalten?

Nur etwa zwei Prozent des Denkens sind bewusst. Sie geben Menschen Wörter zu lesen, die Langsamkeit assoziieren. Rente, senil, grau, Alterssitz. Hinterher messen Sie, mit welcher Geschwindigkeit die sich vom Unilabor zum Fahrstuhl bewegen. Das Ergebnis: Diese Menschen sind signifikant langsamer als solche, die diese Wörter nicht zu lesen bekamen. Wörter prägen Verhalten.

Wie wichtig sind dann noch Fakten?

Fakten sind zentral. Allerdings werden sie immer innerhalb von Frames gedacht und verarbeitet: Bei einer Operation ist das Sterberisiko zehn Prozent? Es werden weniger Menschen dieser OP zustimmen, als wenn man ihnen sagt, die Überlebenswahrscheinlichkeit betrage 90 Prozent. Die Fak-

ten sind in beiden Varianten dieselben. Aber es werden unterschiedliche Frames aktiviert, einmal der vom Sterben, einmal der vom Leben. Übertragen auf die Politik heißt das: Wenn Sie einen Fakt kommunizieren und nicht den eigenen Frame mitbringen, sondern im schlimmsten Fall sogar noch den Frame des Gegners übernehmen, dann nehmen Sie Ihrem Fakt wahnsinnig viel Wirkkraft weg.

Das heißt: Wenn jemand pauschal behauptet, durch Merkels Flüchtlingspolitik sei die Kriminalität gestiegen, und ich versuche, ihn per Statistik zu widerlegen, bin ich ihm schon auf den Leim gegangen?

Genau. Denn schon debattieren Sie die Frage, die der Gegner in den Raum stellt. Oder wenn Sie die Formulierung übernehmen: „Ein Flüchtling hat einen Anschlag begangen“ – dann aktivieren Sie den Frame, dass Flüchtlinge Gefahr bedeuten. Setzen Sie lieber Ihren eigenen Frame. Zum Beispiel: Der Terrorist tarnte sich als Geflüchteter. Merken Sie den Unterschied?

Hat es Sie gewundert, dass so viele Amerikaner gegen ihre wohlverstandenen Interessen für Trump gestimmt haben?

Ich habe sogar 500 Dollar gewonnen, weil ich die einzige im Kollegenkreis war, die auf Trump gewettet hatte. Vor der Wahl habe ich ein Online-Experiment durchgeführt. Ich habe unentschiedenen Wählern Aussagen vorgelegt, solchen, deren Welt-

wie Hillary zu sein. Und bei Wahlentscheidungen verlassen sich Menschen nun mal primär auf ihr moralisches Bauchgefühl. Sie entscheiden nicht entlang ihrer unmittelbaren Interessen.

Hat Trump einen super Instinkt, oder war er ein genialer Wahlkampf-Handwerker? Weiß der überhaupt, was ein Frame ist?

Ja natürlich weiß er das. Er hatte seine Teams und seine Strategen. Dieser Wahlkampf war keine Irrfahrt eines nicht im Raum zu haltenden Trump, der nachts rumtwittert. Diese Annahme wäre wirklich naiv. Nachts etwas twittern, das ein bisschen unter der Gürtellinie ist; nachts etwas twittern mit Rechtschreibfehlern, bei einer Wahlkampfrede den Teleprompter wegreißen und sagen, ich rede so, wie ich bin – das ist die Marke, die man für ihn entwickelt hat. Zum Framing gehört ja, authentisch und damit transparent zu sein. Trump war die Marke „Authentisch“, Clinton war „Strategische Elite“. Deswegen hat Trump es ja auch so zum Thema gemacht, dass Clinton sich auf die TV-Duelle vorbereitete – und gesagt, das tue er nicht. Was natürlich nicht stimmt.

Die AfD hat nun für den Wahlkampf ein Papier beschlossen, das auf „sorgfältig geplante Provokationen“ setzt. Das ist Trump eins zu eins. Man muss leider sagen, dass er für jede rechtspopulistische und neofaschistische Strömung in Europa eine Klasse Vorlage geliefert hat. In Österreich hat Norbert Hofer neulich zwar nicht die Wahl, wohl aber den Wahlkampf gewonnen. Er hat seine Framings ein Jahr lang sehr erfolgreich gesetzt. Bei der nächs-

ten Nationalratswahl wird das den Österreichern noch um die Ohren knallen.

Sind Populisten die besseren Sprachhandwerker als die Merkels und Steinmeiers? Sie haben zumindest gerade die Diskurskontrolle. Sie setzen die Themen. Das liegt auch daran, dass die Etablierten über viele Jahre den Diskurs vernachlässigt haben. Die AfD besetzt oft Werte, die auch in der CDU und der CSU etwas gelten.

Merkel hat jahrelang nicht versucht, das eigene Lager zu mobilisieren, sondern das gegnerische zu demobilisieren.

Wann immer Sie sich in einer Debatte fortbewegen aus Ihrem ideologischen Heimatgebiet, programmatisch und diskursiv, lassen Sie riesige Räume offen. In die setzen andere Gruppen sich dann hinein. Das ist der SPD auf der linken Seite ja genauso passiert. Es kommt immer darauf an, dass Sie die eigene ideologische Weltsicht in einfacher, klarer Sprache authentisch vermitteln. Diese Hausaufgabe wurde nicht gemacht. Jetzt sehen wir das Resultat.

Aber Merkel redet doch dauernd: in Interviews, im Bundestag, in Vorträgen. Das schon. Aber viel zu selten auf der Ebene von Ideologie, von Moral.

Und das wäre wichtig?

Ja. Noch einmal: Jeder Bürger entscheidet sich für eine Partei nicht, weil er Programme durchrechnet. Sondern er entscheidet nach seinem moralischen Bauchgefühl. Und das wurzelt im Alltag. Wenn Sie mir sagen, wie für Sie die ideale Familie aussieht oder wie Sie mit Ihren Kollegen umgehen, sage ich Ihnen, wie Sie politisch ticken. Ein Politiker muss das moralische Bauchgefühl benennen können, das ihn in die Politik gebracht hat. Oder er wird scheitern.

Die SPD zum Beispiel staunt, dass sie überhaupt nicht profitiert von ihren Erfolgen in der Koalition: Mietpreisbremse, Mindestlohn, abschlagsfreie Rente mit 63. Erklären Sie mal einem fünfjährigen Kind, was eine abschlagsfreie Rente ist.

Na ja, das fünfjährige Kind ist nicht wahlberechtigt.

Darum geht es nicht. Was ich sagen will: Je komplexer, je weniger alltagsnah Sie reden, umso weniger machen Sie sich greifbar. Und jedes Kind, dem in der Schule Politik vermittelt wird, wächst mit den

so schlimm zu finden. Erdüberhitzung, das würde die Dringlichkeit klarmachen. Hitze mag keiner, Wärme mag jeder.

Wie gefällt Ihnen „Wir schaffen das“? Ein einfacher, klarer Satz.

Da ist das Problem ein anderes. Merkel handelte im September 2015 eindeutig nach einer ideologisch-moralischen Prämisse: Wir gewähren Menschen Schutz, die auf der Flucht vor dem Krieg sind. Eine sehr hehre Prämisse. Aber der Satz „Wir schaffen das“ hat diese Prämisse nicht gut transportiert. Hören Sie mal hin, wenn ich jetzt zu Ihnen sage: Ich will das. Und jetzt: Ich kann das. Und jetzt: Ich schaffe das. Das letzte impliziert immer: Ich will das zwar vielleicht nicht, es ist anstrengend, aber irgendwie schaff ich es schon.

Also das falsche Verb?

Genau. Sie aktivieren einen anderen Frame, als wenn Sie sagen: Wir wollen das. Oder als sich in Brüssel bei der Verteilung der Geflüchteten einzelne Staaten zur Koalition der Willigen ausriefen. Sie hatten das moralische Konzept der Solidarität. Im Alltag aber hat „willing“ etwas mit Sexualität zu tun. Wieder passt die Sprache nicht zur Entscheidung. Anstatt dass man sagt: Koalition der Solidarischen, oder Bund der Menschlichkeit.

Wissen viele Politiker nicht, dass Sprache ein Handwerkszeug ist?

Ihr Alltag ist so hektisch, dass sie oft keine Zeit haben, um zu überlegen: Wie frame ich das jetzt? Im Grunde bräuchte jede Partei Teams, die sich ausschließlich mit den moralischen Prämissen von Entscheidungen und deren konkreter sprachlicher Umsetzung beschäftigen. Der demokratische Diskurs braucht saubere Begriffe. Nur so kann er ideologische Vielfalt und damit Wahlfreiheit organisieren.

Ist es nicht ein Fortschritt, dass in der Politik heute weniger ideologisch als früher debattiert wird?

Was für ein Irrglaube! Sie können Menschen gar nicht entideologisieren. Das würde ja heißen, ihnen ihren moralischen Kompass, ihre jeweiligen Bewertungen von richtig und falsch nehmen zu wollen. Sie sehen doch in jeder Dorfkeiße, bei jedem Familientreffen, wie sich die Geister scheiden. Es schaut nicht jeder rational mit derselben Weltsicht auf Fakten. Wenn das so wäre, bräuchten wir bloß noch eine staatliche Verwaltung der Fakten.

halb leer — halb voll
Haben Sie keine Angst — Vertrauen Sie uns
Hier gibt es gar keine Gefahr — Hier ist alles sicher
Zögern Sie nicht — Nutzen Sie jetzt diese Chance
Wir schaffen das — Wir wollen das
Koalition der Willigen — Koalition der Solidarischen
Globale Erwärmung — Erdüberhitzung
Ein Flüchtling hat einen Anschlag begangen — Der Terrorist tarnte sich als Geflüchteter

„Eine Irrfahrt eines Trump, der nachts rumtwittert? Diese Annahme wäre wirklich naiv.“

sicht sowohl streng als auch fürsorglich ist. Sie waren noch nicht zwischen Trump und Clinton entschieden. Erst haben wir ihnen eine Aussage zu Fakten vorgelegt: „Experten der Universität Tinneroy haben errechnet, dass unter einer Regierung Trump die Arbeitslosigkeit um zehn Prozent steigen wird.“ Fiktive Studie, fiktive Uni. Das Ergebnis: Kein Teilnehmer bewegte sich in die eine oder andere Richtung. Dann haben wir ihnen eine moralisch-ideologische Aussage präsentiert. „Experten der Universität Tinneroy sagen, dass unter einer Regierung Trump die Werte der Disziplin und der Eigenleistung wieder hochgehalten werden.“ Das Ergebnis: Alle schlitterten rüber zu Trump. Dessen Strategie im Wahlkampf war, eine ideologische Geschichte zu erzählen, die genau zur strengen amerikanischen Weltsicht passt. Sozialdarwinismus, Wettbewerb, Fürsorge als Konzept zur Verwechlichung. Man hat in einem Wahlkampf ja immer die Chance, eine bestimmte Weltsicht zur bestimmenden Weltsicht in diesem Moment zu machen. Und das ist Trump gelungen.

Warum ist er auch nach der Enthüllung des sexistischen Videos noch von so vielen Frauen gewählt worden?

Ob Sie sich darüber empören, ist keine Frage Ihres Geschlechts, sondern Ihrer Ideologie. Es gibt die Ideologie, nach der der Mann über der Frau steht und es der Frau am besten geht, wenn der Mann sie beschützt und kontrolliert. Wer dieser Ideologie anhängt, wird an Trumps Sprüchen nichts so Schlimmes finden. Und das können auch Frauen sein. Es gibt viele sexistische Frauen. Es gibt viele Frauen, die lieber mit Trump verheiratet wären, als so

Die Hamburgerin Elisabeth Wehling studierte Linguistik in Hamburg, Rom und Berkeley. An der kalifornischen Universität war sie eine Schülerin von George Lakoff; ihre Arbeiten stehen in seiner Tradition. Lakoff vertritt die These, dass Menschen in Metaphern denken, und dies zumeist unbewusst und kontrolliert. Wer dieser Ideologie anhängt, wird an Trumps Sprüchen nichts so Schlimmes finden. Und das können auch Frauen sein. Es gibt viele sexistische Frauen. Es gibt viele Frauen, die lieber mit Trump verheiratet wären, als so

Elisabeth Wehling und die Lehre vom Frame



Elisabeth Wehling, 35, ist Linguistin an der University of California in Berkeley. Ihre Spezialgebiete sind die Werte-, Sprach- und Kognitionsforschung. Sie leitet Studien, die sich mit der unbewussten Meinungsbildung befassen. FOTO: UC BERKELEY

Lückenbüßer

Bundesweit fehlen 228 000 Kita-Plätze – Kommunen haben versäumt, sich um Räume und Grundstücke zu kümmern

Berlin – Für mehr als jede zehnte Kind unter drei Jahren findet sich kein Kitaplatz, obwohl die Eltern einen brauchen. Und obwohl jedes Kleinkind in Deutschland seit 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz hat, gehen immer noch rund 228 000 Kinder leer aus. Das geht aus einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln hervor, über die zuerst die *Rheinische Post* berichtet hat. Die größte Betreuungslücke gibt es demnach in Bremen, hier finden 13,4 Prozent der Unter-Dreijährigen trotz Elternwunschs keinen Platz. In Nordrhein-Westfalen gehen 13,4 Prozent Kleinkinder leer aus, in Brandenburg nur 4,1 Prozent.

Bis 2013 sollten in Deutschland 75 000 Kitapläte für Unter-Dreijährige zur Verfügung stehen. So wurde es 2007 vereinbart, unter der damaligen CDU-Familienministerin Ursula von der Leyen. Schon damals war klar, dass westdeutsche Bundesländer am meisten Nachholbedarf hatten. In Nordrhein-Westfalen habe es 2007 bei beispielsweise nur für weniger als zwölf Pro-

zent der Kleinkinder Betreuungsplätze. So gesehen wurde kräftig aufgeholt. Von den versprochenen Kitaplätzen aber kann keine Rede sein. Im März 2016, also drei Jahre nach dem Zieljahr 2013, standen erst 720 000 staatlich geförderte Plätze zur Verfügung statt 750 000. Auch die angepeilte Betreuungsquote von 35 Prozent für Kleinkinder hat sich längst als unzureichend er-

wiesen. Selbst in ländlichen Regionen ist der Bedarf heute deutlich höher.

Volkswirt Geis vom IW Köln sieht die Ursachen der Betreuungslücke in „veränderten familiären Lebensläufen“ und einen „Wertewandel“. Auch lasse die höhere Geburtenquote und Zuwanderung aus EU-Ländern den Bedarf an Kitaplätzen steigen. Die Flüchtlingszahlen von 2015 hingegen spielten kaum eine Rolle. „Der Kita-Ausbau hätte schon früher stattfinden müssen“, sagt Geis. „Es gab in Kommunen die Tendenz, das auf die lange Bank zu schieben.“ Aber auch im Osten, wo weniger Plätze fehlten, seit mehr Engagement nötig. Hier seien die Gruppen oft zu groß, was Sprachförderung erschwere.

Eine Sprecherin des Bundesfamilienministeriums hingegen nannte den Kita-Ausbau „eine Erfolgsgeschichte“. Binnen weniger Jahre seien rund 400 000 neue Plätze entstanden. 2017 stelle der Bund knapp 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung, mehr denn je. „Fast eine Viertelmillion fehlende Plätze – da kann sich die Bundesregierung nicht ausruhen“, kritisierte dagegen die familienpolitische Sprecherin der Grünen, Franziska Brantner. Der Bund müsse mehr investieren und ein bundesweites Kitaqualitätsgesetz durchsetzen. Für gute Bildungs- und Betreuungsarbeit von Anfang an bedürfe es „einer großen bundesweiten Kraftanstrengung“, sagte die bildungspolitische Sprecherin der Linken, Rosemarie Hein. Nötig sei neben guter Ausbildung zusätzlichen Personals bessere Bezahlung. CONSTANZE VON BULLION



Gründe für die Betreuungslücke? Steigende Geburtenraten und Wertewandel. Keine Rolle spielen hingegen die Flüchtlingszahlen von 2015. FOTO: THOMAS LOHNES/GETTY IMAGES

vielen Studien herausgefunden. Man braucht nur einer Gruppe von Probanden einen Text zu lesen geben, in dem das Wort „Gepard“ vorkommt, und einer anderen, in dem „Schildkröte“ steht. Danach sollen beide Gruppen das Schritttempo eines fremden Mannes auf einem Foto einschätzen. Für schneller halten ihn diejenigen, die die Version mit „Gepard“ gelesen haben. Wenn schon solch harmlose Wörter eine Wirkung zeitigen – welche Folge müssen Wörter im Allgemeinen und Metaphern im Besonderen dann erst in der Politik haben? DE.

Durchkreuzt

Anwalt aus Bayern will für CDU stimmen und scheidet vorerst

Wiesbaden – Der Anwalt Rainer Roth will CDU wählen. Das möchte er vor Gericht erstreiten, wenn nötig sogar mit einer Verfassungsbeschwerde. Das Problem: Der Anwalt Roth hat seinen Wohnsitz in Bayern – und dort kann er momentan sein Kreuz nur bei der CDU-Schwesterpartei CSU machen. Und dabei bleibt es zumindest vorerst auch, denn Roth scheiterte am Freitag mit einer Klage gegen den Bundeswahlleiter vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden.

Die Parteien müssen laut Wahlgesetz nicht mit bundesweiten Listen antreten

Für das Anliegen gebe es keine ausreichende Rechtsgrundlage, urteilte das Gericht. Im Bundeswahlgesetz sei nicht vorgesehen, dass die Parteien mit bundesweiten Listen antreten müssten. Das Verwaltungsgericht ließ aber die Möglichkeit einer Berufung offen. Roth sagte, dass die Menschen in Bayern nicht für eine solch etablierte Partei wie die CDU stimmen könnten, die auch die Bundeskanzlerin stelle, verletze das Recht auf freie Wahl. Er werde deshalb Berufung einlegen und sich zugleich an das Bundesverfassungsgericht wenden – auch weil er dem Fall allgemeine Bedeutung beimesse. Er selbst wolle nicht die Politik der CSU, sondern die der Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzenden Angela Merkel unterstützen, sagte Roth. Er klagt gemeinsam mit seiner

Frau. Die beiden Anwälte berufen sich unter anderem auf den Grundgesetzartikel 38, nach dem die Bundestagsabgeordneten „in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl“ gewählt werden müssen.

Die Vertreterin des Bundeswahlleiters erklärte, bei der Bundestagswahl 2013 seien die meisten Parteien nicht in allen Bundesländern angetreten. Außer der CSU gebe es weitere Parteien, die sich nur in einem Bundesland zur Wahl gestellt hätten, etwa die Parteien „Die Frauen“ oder „Die Violetten“, die ebenfalls nur in Bayern angetreten seien. Der Bundeswahlleiter führe lediglich das Bundeswahlgesetz aus und entscheide nicht über dessen Inhalt, sagte Richter Hans-Hermann Schild. Deshalb sei er nicht der richtige Ansprechpartner. Dass Parteien nicht mit Bundeslisten antreten, entspreche zudem der föderalen Struktur der Bundesrepublik. In Richtung der Kläger sagte Schild: „Ihre Überlegung kann ich nachvollziehen, nur das setzte eine komplette Revision des Wahlrechts voraus, oder die CDU würde auch in Bayern antreten.“ Dies sei allerdings eine Entscheidung der Partei.

CDU und CSU bilden im Bundestag seit 1949 eine Fraktionsgemeinschaft. In der zuletzt im September 2013 von Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer unterzeichneten Vereinbarung dazu heißt es, Grundlage seien gemeinsame politische Ziele und die Tatsache, dass sie „in keinem Bundesland miteinander in Wettbewerb“ stünden. DPA